

EURO-LETTER

Der Euro-Letter wird von der **ILGA-Europa** – Der Europäische Regionalverband des Internationalen Lesben- und Schwulenverbands - [ILGA-Europe - the European Region of the International Lesbian and Gay Association] mit Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft – Die Europäische Union gegen Diskriminierung – veröffentlicht.

Herausgeber: Juris Lavrikovs * **Kontakt:** euroletter@ilga-europe.org

Euro-Letter [auf Englisch] abonnieren:

Senden Sie bitte einfach eine Mitteilung ohne Text an: euroletter-subscribe@yahoogroups.com

Bisherige Ausgaben: Alle vorangegangenen Euro-Letter in englischer Sprache, als auch die deutschen und portugiesischen Übersetzungen von Nr. 76 Januar 2000 und griechische Übersetzungen von Nr. 127 Januar 2006 an, sind im pdf-Format auf unserer Website abrufbar: www.ilga-europe.org/europe/publications/euro_letter

Die ILGA-Europa dankt der Lesbian and Gay Liberation Front e.V. für die deutschen Übersetzungen des Euro-Letter, die auch auf ihrer Website abrufbar sind: <http://www.lglf.de>, Miguel Freitas für die portugiesischen und Pantelis Ravidas für die griechischen Übersetzungen.

Die in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen geben nicht unbedingt die Position oder die Meinung der Europäischen Kommission wieder.

In dieser Ausgabe

ILGA-EUROPA

- **ILGA-EUROPA-KONFERENZ 25. BIS 29 OKTOBER IN SOFIA**
- **PILOTFONDS DER ILGA-EUROPA FÜR DIE DOKUMENTATION VON MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN**
- **ILGA-EUROPA UND IGLYO BERICHTEN IM EUROPAPARLAMENT ÜBER SCHWULE JUGEND**
- **FÜHRENDE SCHWULENRECHTSORGANISATIONEN NUTZEN GEMEINSAME RÄUMLICHKEITEN**
- **ILGA-EUROPA WIRD MEHRSPRACHIG**
- **JOBANGEBOT DER ILGA-EUROPA**

BESCHÄFTIGUNG

- **LETTLAND: PARLAMENTSAUSSCHUSS UNTERSTÜTZT VERBOT DER DISKRIMINIERUNG AUFGRUND SEXUELLER ORIENTIERUNG IM ARBEITSRECHT**
- **VEREINIGTES KÖNIGREICH: RECHTSANWALTSFIRMEN MÜSSEN ANGST VOR VON DISKRIMINIERUNG UNTER SCHWULEN UND LESBISCHEN ANWÄLTEN/INNEN BEKÄMPFEN**

GLEICHGESCHLECHTLICHE FAMILIEN

- **DÄNEMARK: VERBOT KÜNSTLICHER BEFRUCHTUNG FÜR LESBEN AUFGEHOBEN**
- **IRLAND: Eingaben zu mehr Rechten für Schwule "weitgehend ablehnend"**
- **SCHWEDEN: SCHWULEN KANN KIRCHLICHE TRAUUNG GEWÄHRT WERDEN**

JUGEND

- SCHWEDISCHE ERFAHRUNG MIT DER FINANZIERUNG VON LGBT-JUGEND
- POLEN: "WIR WERDEN ALLES IN UNSERER MACHT STEHENDE TUN, UM DIE FINANZIERUNG VON LGBT-JUGEND-PROJEKTEN ZU STOPPEN"

SCHWARZES BRETT

- INTERNATIONALE KONFERENZ: HOMOPHOBIE UND DISKRIMINIERUNG VON LESBEN UND SCHWULEN IN EINER ERWEITERTEN EUROPA
- INTERNATIONALE FÜHRUNGSKONFERENZ FÜR LESBEN UND SCHWULE 2006
- STELLENAUSSCHREIBUNG VON HUMAN RIGHTS WATCH: FORSCHER/IN FÜR LGBT-RECHTE

Quelle: www.ilga-europe.org/europe/publications/euro_letter * Anmerkungen des Übersetzers in eckigen Klammern * In Texten verwendete und nicht erläuterte Abkürzungen: LGBTIQ - Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender [Menschen mit Geschlechtsrollen übergreifender Identität], Intersexuelle, Queer (lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, intersexuell, queer), EG – Europäische Gemeinschaft(en), EU - Europäische Union, NGO - nichtstaatliche Organisation * Angabe von Links ohne Hinweis in eckigen Klammern beziehen sich auf Webseiten in englischer Sprache.

ILGA-EUROPA

MELDEN SIE SICH ZUR ILGA-EUROPA-KONFERENZ VOM 25. BIS 29. OKTOBER IN SOFIA AN
Von ILGA-Europa

Die Anmeldung für unsere Konferenz war ab Juli möglich, jetzt können Sie sich auch online für die Konferenz anmelden:

www.ilga-europe.org/conference

Sie haben außerdem Zugang zu den am 16. August übermittelten 2. Konferenzmitteilungen auf unserer Konferenzseite:

www.ilga-europe.org/conference

PILOTFONDS DER ILGA-EUROPA FÜR DIE DOKUMENTATION VON MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN

Von Maxim Anmeghichean

Die ILGA-Europa ruft zum zweiten Mal zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen ihres kleinen Pilotfonds zur Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen mit Unterstützung des Sigrid Rausing Trusts auf. Der Fonds hat zum Ziel, die Dokumentation von Diskriminierungsfällen, Verbrechen aus Hass und anderen Menschenrechtsverletzungen gegenüber LGBT-Menschen gemäß den internationalen Menschenrechtsstandards voran zu bringen.

Zweiter Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen: Fristende: 31. Oktober 2006

Der kleine Pilotfond wird Kleinprojekte (bis zu 2.000 Euro) unterstützen, die dazu dienen sollen, (Fälle von) Diskriminierung, Verbrechen aus Hass und andere Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren, die aufgrund sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität und Geschlechtsausdruck begangen wurden.

Vorrangige Bereiche:

- Verbrechen aus Hass und Hassäußerungen (einschließlich in den Medien)
- Brutalitäten von Justizvollzugsbehörden
- Rechtliche Stellung von LGBT-Menschen in einem beispielhaften Land
- Versammlungs- und Organisationsfreiheit

Die Informationen in den Dokumentationen wird in Folge von der ILGA-Europa bei ihren Lobbyaktivitäten bei den europäischen Institutionen verwendet: Europäische Union, Europarat und Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Weitere Informationen und Antragsformulare auf unserer Website: www.ilga-europe.org

ILGA-EUROPA UND IGLYO BERICHTEN IM EUROPAPARLAMENT ÜBER SCHWULE JUGEND

Medienmitteilung der ILGA-Europa, 14. September 2006

Am 13. September 2006 legen die ILGA-Europa und die Internationale Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen- und Transgender-Jugendorganisation (IGLYO) ihren Bericht über "Soziale Ausgrenzung von lesbischen, schwulen, bisexuellen und transgender Jugendlichen in Europa" dem Europäischen Parlament vor. Sie werden unterstützt von Frau Sophie in't Veld, stellvertretende Vorsitzende der gemeinsamen Arbeitsgruppe des Europäischen Parlaments für Schwulen- und Lesbenrechte, und Herrn Proinsias De Rossa, Parlamentsabgeordneter.

Bei dieser Gelegenheit werden ILGA-Europa und IGLYO die Ergebnisse dieser **europaweiten Umfrage** zur Diskriminierung von lesbischen, schwulen, bisexuellen und transgender (LGBT) Jugendlichen in verschiedenen Lebensbereichen, wie Bildung und Gesundheit, vorstellen. Die Umfrage wurde bei über 700 LGBT-Jugendlichen aus 37 Ländern durchgeführt. Die Befragten informierten darüber, wo sie am meisten der Diskriminierung ausgesetzt sind. 61% der Befragten gaben an, Diskriminierung und Vorurteile in der Schule erfahren zu haben, während 51% über Diskriminierung in ihrer Familie berichteten.

Dieser Bericht zeigt klar, dass die Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität die Fähigkeit von LGBT-Jugendlichen untergräbt, sich sozial zu integrieren und zu aktiven Bürgern/innen zu entwickeln.

FÜHRENDE SCHWULENRECHTSORGANISATIONEN NUTZEN GEMEINSAME RÄUMLICHKEITEN

Medienmitteilung der ILGA-Europa, 15. September 2006

Die ILGA, der Internationale Lesben- und Schwulenverband, und die ILGA-Europa, ihr europäischer Regionalverband, bezogen im Juli gemeinsame Räumlichkeiten in Brüssel. Beide NGOs waren seit mehreren Jahren in der europäischen Hauptstadt aktiv, aber in verschiedenen Büros in der Stadt untergebracht.

"Die ILGA war einmal auf der Grundlage lokaler Gruppen aktiv, die ehrenamtlich bestimmte Aufgaben in aller Welt übernahmen", ruft Aktivist Tom Hoemig in Erinnerung, der ihr Verwaltungsbüro insgesamt acht Jahre lang betreute. "Der belgische Schwulenverband Tels Quels schlug damals vor, der ILGA ein Verwaltungsbüro zur Verfügung zu stellen, was unsere Anwesenheit hier erklärt". 1978 gegründet, ist die ILGA bis heute der einzige internationale Verband von Organisationen, der sich für Menschenrechte und Gleichstellung für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender (LGBT) in aller Welt einsetzt, insbesondere mit einer Kampagne bei den Vereinten Nationen, damit sie die Diskriminierung sexueller Orientierung und der Geschlechtsidentität wahrnimmt und angeht. Die ILGA hat gegenwärtig 550 Gruppen als Mitglieder.

1996 gegründet, bringt die ILGA-Europa, der europäische Regionalverband der ILGA, die Gleichstellung für LGBT-Menschen durch Einflussnahme auf europäische Hauptorganisationen, wie Europäische Union, Europarat und Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auf europäischer Ebene voran. Die ILGA-Europa ist außerdem ein Hauptnetzwerk für LGBT-Organisationen auf dem gesamten europäischen Kontinent.

Die Entscheidung für ein gemeinsames Büro ist das Ergebnis eines Konferenzbeschlusses, in dem die ILGA und die ILGA-Europa zu einer engeren Zusammenarbeit gedrängt werden. Er ging auf einen Antrag des niederländischen ILGA-Mitglieds COC zurück. "Gemeinsame Nutzung von Räumlichkeiten entspricht einfach dem gesunden Menschenverstand und nutzt unsere Ressourcen besser", betont Philip Braun, Ko-Generalsekretär der ILGA, "aber es macht auch politisch Sinn. Es ist jetzt wichtig, ILGA als eine NGO zu konsolidieren, um für unseren Kampf für LGBT-Menschen in aller Welt effizienter zu sein. Die engere Zusammenarbeit zwischen der ILGA und ihrem am besten strukturierten Regionalverband bedeutet auch, dass wir die Erfahrung und den Erfolg, den wir in Europa hatten, schneller für andere Regionen in der Welt entwickeln können".

Patricia Prendiville, Geschäftsführerin der ILGA-Europa, erklärte: "Wir sind froh, dass die ILGA und die ILGA-Europa diesen wichtigen und praktischen Schritt unternommen haben. Wir hoffen, dass die gemeinsame Nutzung der Räumlichkeiten nicht nur eine praktische und vernünftige Lösung ist, sondern, dass sie auch die Zusammenarbeit verstärkt und die Kapazität der gesamten Organisation steigert und damit unsere Fähigkeit, Diskriminierung gegenüber LGBT-Menschen in Europa und weltweit zu bekämpfen".

Die neue und gemeinsame Anschrift von ILGA and ILGA-Europa lautet:

Rue de la Charité, 17
1210 Brüssel
Belgien

Telephon und Fax-Nummern bleiben unverändert:

ILGA: Tel/Fax: + 32 2 502 24 71 * information@ilga.org * www.ilga.org

ILGA-Europe: Tel + 32 2 609 54 10 * Fax + 32 2 609 54 19
info@ilga-europe.org * www.ilga-europe.org

ILGA-EUROPA WIRD MEHRSPRACHIG

Von Juris Lavrikovs

Dank unseren Mitgliedern, Ehrenamtler/innen und Unterstützern/innen kann die ILGA-Europa jetzt mehr Texte in verschiedenen europäischen Sprachen anbieten.

Im vergangenen Jahr veröffentlichten wir Leitfäden zu zwei EU-Richtlinien: eine zur Freizügigkeit und gleichgeschlechtlichen Familien und eine zweite zu LGBT-Asylsuchenden in der EU. Außer in Englisch sind die ersten Leitfäden jetzt auch in Französisch, Deutsch und Spanisch verfügbar und die zweite in Französisch und Deutsch (Spanisch folgt bald):

http://www.ilga-europe.org/europe/publications/non_periodical

Das allgemeine Faltblatt über die ILGA-Europa ist jetzt in fast allen europäischen Sprachen verfügbar – 28, und wir hoffen, in der Lage zu sein, allgemeine Informationen über uns in allen europäischen Sprachen anbieten zu können. Die Idee ist, dass sie der Vorstand der ILGA-Europa, Mitarbeiter/innen und die Mitglieder während verschiedener internationaler, nationaler und lokaler Veranstaltungen verwenden können, um das Profil der Organisation zu schärfen, neue Unterstützer/innen und potentielle Mitglieder zu gewinnen und folglich das Bewusstsein für LGBT-Fragen in Europa bei einem größeren Publikum und in einer zugänglicheren Form zu verstärken. Wir danken allen Übersetzern/innen für ihre Mitarbeit!

Alle Übersetzungen sind auf unserer Website verfügbar:

www.ilga-europe.org/europe/publications/non_periodical/general_leaflet_about_ilga_europe_june_2006

JOBANGEBOT DER ILGA-EUROPA

Von ILGA-Europa

Die ILGA-Europa sucht zur Zeit eine/n Finanz- und Verwaltungsmitarbeiter/in. Einzelheiten und Bewerbungsformular finden Sie auf unserer Website: www.ilga-europe.org

BESCHÄFTIGUNG

LETTLAND: PARLAMENTS-AUSSCHUSS UNTERSTÜTZT VERBOT DER DISKRIMINIERUNG AUFGRUND SEXUELLER ORIENTIERUNG IM ARBEITSRECHT

Quelle: Lettland-Radio, "Pusdiena", 12. September 2006

Der Parlamentsausschuss für Soziales und Arbeit **unterstützte** am Dienstag Änderungsanträge zum Arbeitsgesetz, mit denen **Diskriminierung in der Arbeitswelt aufgrund sexueller Orientierung ausdrücklich verboten wird**. Vertreter/innen des Sozialministeriums erklärten in der Ausschusssitzung, dass mehrere Abgeordnete des Europäischen Parlaments eine Anfrage an Lettland gestellt haben, um zu erklären, warum das Land zwei Jahre lang versäumt habe, die Richtlinie zum Diskriminierungsverbot umzusetzen. Lettland müsse die Erklärungen bis zum 02. Oktober abgeben und die Angelegenheit werde vom Europäischen Parlament abhängig von diesen Erklärungen diskutiert. Die Europäische Kommission werde unterdessen das Vertragsverletzungsverfahren gegen Lettland fortsetzen und könne möglicherweise gegen Lettland beim Gerichtshof vorgehen, erklärten die Vertreter/innen des Sozialministeriums.

VEREINIGTES KÖNIGREICH: RECHTSANWALTSFIRMEN MÜSSEN ANGST VOR DISKRIMINIERUNG UNTER SCHWULEN UND LESBISCHEN ANWÄLTEN/INNEN BEKÄMPFEN

Quelle: *Law Society [Anwaltsgesellschaft] Medienmitteilung, 29. August 2006*

Die Anwaltsgesellschaft [Law Society = Anwaltsgesellschaft = regulärer und repräsentativer Verband für Anwälte in England und Wales] hat ihren ersten Bericht über die Karriereerfahrungen von schwulen und lesbischen Anwälten/innen veröffentlicht.

Der Bericht konzentriert sich auf die bestimmenden Faktoren, ob ein schwuler Anwalt oder eine lesbische Anwältin offen mit seiner/ihrer Sexualität am Arbeitsplatz auftreten würde. Die meisten Teilnehmer gaben zu, dass sie mit dem offenen Auftreten am Arbeitsplatz aus Furcht vor schwerwiegender Beeinträchtigung des Fortschritts ihrer Karriere zurückhaltend wären. Während keine/r der Teilnehmer/innen in der Untersuchung berichtete, aufgrund seiner/ihrer Sexualität offen diskriminiert worden zu sein, räumten sie ein, sich durch die Annahme und Erwartung von Diskriminierung eingeschränkt zu fühlen.

In dem Bericht wird eine Reihe von Empfehlungen für Rechtsanwaltskanzleien abgegeben, um zu helfen, die Diskriminierung sexueller Orientierung in den Griff zu bekommen:

- Die Notwendigkeit für angemessene Überwachungspraktiken, um Daten über die sexuelle Orientierung und die Erfahrungen von Anwälten zu sammeln – Teilnehmer/innen an der Studie erklärten, sie würden den Einbezug von Fragen zur Sexualität für die Anerkennung und Auswahl, die sie schwulen und lesbischen Bewerbern/innen anböten, begrüßen.
- Die Notwendigkeit, eine Verpflichtung zur Vielfalt durch die Kultivierung eines Klimas, in dem schwule und lesbische Anwälte/innen sich wohl fühlen und mit ihrer Sexualität offen auftreten können, zu demonstrieren
- Arbeitgeber/innen sollten gewährleisten, dass Politiken zur Chancengleichheit Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung umfassten.
- Firmen sollten ermutigt werden, gleichgeschlechtliche Partnerschaften anzuerkennen und alle Vergünstigungen auf sie anwenden, wie bei traditionellen Ehegatten/innen und Familien

Fiona Woolf, Präsidentin der Anwaltsgesellschaft, kommentiert die Ergebnisse: "Diese Ergebnisse machen die Sorgen von schwulen und lesbischen Rechtsanwältinnen deutlich. Dieser Bericht sollte Unternehmen über die Notwendigkeit alarmieren, ihre Politiken zur Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung zu überprüfen und ein Klima der Akzeptanz und des Einbezugs zu garantieren. Die Anwaltsgesellschaft ist bestrebt, an vorderster Front Gleichstellung und Vielfalt einzubeziehen und Unterstützung vorzuhalten, um den Bedürfnissen ihrer Mitglieder gerecht zu werden."

Der vollständige Text des Berichts ist verfügbar unter:

<http://www.lawsociety.org.uk/aboutlawsociety/whatwedo/researchandtrends/researchpubs/view=researchpubsarticle.law?PUBLICATIONID=298855>

GLEICHGESCHLECHTLICHE FAMILIEN

DÄNEMARK: VERBOT KÜNSTLICHER BEFRUCHTUNG FÜR LESBEN AUFGEHOBEN

Von *Søren Laursen, LBL, Dänischer Nationalverband für Schwule und Lesben*

Vom 01. Januar 2007 an haben Lesben und alleinstehende Frauen den gleichen Zugang zu künstlicher Befruchtung wie andere Frauen. Das Gesetz zur künstlichen Befruchtung ist jetzt neutral gegenüber sexueller Orientierung. Neun Jahre Kriminalisierung haben ein Ende gefunden.

1979 trat in Dänemark das Gesetz zur künstlichen Befruchtung in Kraft. Vorher gab es keine rechtlichen Regelungen. Vor der Verabschiedung des Gesetzes wurde ein Verbot der künstlichen Befruchtung für Lesben und alleinstehende Frauen eingefügt. Seitdem sind Abschaffung oder Abschwächung des Verbots mehrere Male versucht worden. Am 24. Mai fand der neunte Versuch statt und wurde der Antrag mit einer Mehrheit von 53 gegen 52 Stimmen überraschend gebilligt.

Das geschah während der zweiten parlamentarischen Anhörung zu einem Gesetzentwurf zur Überarbeitung des Gesetzes zur künstlichen Befruchtung. Für die dritte Anhörung gibt es zwei neue Anträge: einer war, das Verbot wieder einzuführen, der zweite handelte davon, Lesben und alleinstehenden Frauen die Finanzierung der künstlichen Befruchtung durch die öffentliche Gesundheitsversorgung zu verweigern. Beide Anträge wurden abgelehnt.

Die Verabschiedung des Gesetzentwurfs bedeutete eine Krise für die liberal-konservative dänische Regierung. Der ursprüngliche Gesetzentwurf für eine Gesetzesüberarbeitung wurde vom Gesundheitsminister vorgelegt. Die Opposition schlug vor, zusätzlich das Verbot abzuschaffen, was von den Konservativen heftig abgelehnt wurde. Mehrere Mitglieder der liberalen Partei entschieden sich allerdings, dafür zu stimmen. Der Ministerpräsident und sein Stellvertreter trafen sich mehrfach zu dieser Frage und bei der abschließenden Abstimmung über den Gesetzentwurf stimmte die gesamte Regierung weder mit Ja noch mit Nein.

Das dänische Gesetz zur künstlichen Befruchtung bezieht sich nur auf die Ärzte, aber nicht zum Beispiel auf Hebammen. Deshalb konnte die Hebamme Nina Stork am zweiten Jahrestag des Gesetzes eine Klinik zur künstlichen Befruchtung für Lesben und alleinstehenden Frauen öffnen. Allerdings gab es für unfruchtbare Lesben keine Behandlungsmöglichkeit.

Irland: Eingaben zu mehr Rechten für Schwule "weitgehend ablehnend"

Quelle: Irish Independent, 21. August 2006

Die für die Untersuchung zur Gewährung von Steuer-, Pensions- und anderen Rechten an schwule Paare eingesetzte Arbeitsgruppe hat über 4.000 Eingaben erhalten – die überwiegende Mehrheit davon spreche sich überzeugt gegen das Gesetzesvorhaben aus, schreibt Breda Heffernan.

Justizminister Michael McDowell setzte die Arbeitsgruppe zur häuslichen Partnerschaft ein, um eine Analyse der Kategorien von Partnerschaften und Beziehungen außerhalb der Ehe zur Verfügung zu stellen, die rechtlicher Anerkennung bedürfen.

Das Fristende für die Eingaben war Ende April, aber sie [die Arbeitsgruppe] hat weiterhin Eingaben nach diesem Datum angenommen.

Das Justizministerium erklärte, die Arbeitsgruppe hätte mehr als 4.000 Eingaben sowohl von Einzelpersonen als auch Gruppen erhalten, die ein breites Meinungsspektrum repräsentierten.

Sie fallen größtenteils in zwei Kategorien. In der ersten gab es insgesamt 180 separate Eingaben – von denen 51 von Gruppen und Organisationen und die anderen von Einzelpersonen stammten.

Diese Eingaben umfassen ein großes Themenspektrum, einschließlich Aufrufe zur allgemeinen Gleichstellung und eingeschränkte Rechte für Lebensgemeinschaften, Einwanderungsfragen und Schutz vor Gewalt für zusammen lebende Personen.

Allerdings kamen rund 4.000 Eingaben in der zweiten Kategorie von Menschen, die gegen jegliche Veränderung in dem Bereich wären.

Die Gruppe berichtet dem Minister im Oktober.

SCHWEDEN: SCHWULEN KANN KIRCHLICHE TRAUUNG GEWÄHRT WERDEN

Quelle: Von Adam Ewing, The Local, 25. August 2006, <http://www.thelocal.se/article.php?ID=4694>

Homosexuelle können in der Kirche heiraten, wenn die schwedische Regierung dem Vorschlag eines Berichts folgt, der im kommenden Jahr vorgelegt werden soll.

In dem Bericht wird laut dem schwedischen öffentlichen Radiosender SVT vorgeschlagen, das Gesetz zur zivilen Partnerschaft zu ändern und kirchliche Trauungen für Schwule zu erlauben.

Einer von zehn Priestern in der Kirche von Schweden hat einen Protest gegen die Erlaubnis für Homosexuelle unterschrieben, in der Kirche zu heiraten. Viele andere in der früheren Staatskirche haben erklärt, sie würden das befürworten.

In dem Bericht wird vorgeschlagen, jeder Geistliche sollte die Möglichkeit haben, selber zu entscheiden, ob er ein homosexuelles Paar trauen wolle.

Gemäß einer Umfrage, auf die sich der Bericht bezieht, stehen immerhin 46% der Schweden der schwulen Eheschließung positiv gegenüber, während 31% sie ablehnen. Rund 23 % sind unentschieden.

Eine im Rahmen des Berichts durchgeführte Umfrage zeigt, dass 84% der Schweden meinten, dass eine Religionsgemeinschaft in der Lage sein sollte, für sich selber zu entscheiden, ob sie solche Trauungen vornehmen möchte.

Christdemokratin Yvonne Andersson, die an der Referenzgruppe des Berichts teilnahm, steht der Empfehlung kritisch gegenüber.

"Weniger als die Hälfte der Bevölkerung unterstützt die homosexuelle Eheschließung und Sie wollen sie immer noch durchführen", erklärte sie. "Ich bin enttäuscht, dass die Meinungen in dem Bericht so gleichgültig übergangen werden."

Die Empfehlung wird von Arthur Thiery, Vorsitzender von Riks-Ekho, einem Verband für christliche Homosexuelle, begrüßt.

"Diejenigen unter uns, die eine zivile Partnerschaft eingegangen sind, hätten die Heirat gewählt, wenn es die Gelegenheit dazu gegeben hätte", sagte er laut SVT. "Das wichtige für uns ist, dass die Heirat in der Kirche aufrecht erhalten wird. Wir möchten die kirchliche Zeremonie nicht abschaffen."

JUGEND

SCHWEDISCHE ERFAHRUNG MIT DER FINANZIERUNG VON LGBT-JUGEND

Von Maris Sergejko, RFSL Ungdom

RFSL¹⁾ Ungdom ist eine Abkürzung für "Der schwedische Jugendverband für LGBT-Rechte". Unsere Organisation wurde 2003 gegründet. Vorher waren wir Teil der RFSL, aber viele Gründe sprachen dafür, dass junge Menschen ihren eigenen unabhängigen Jugendverband schaffen sollten. Eine dieser Gründe war die Finanzierung.

Für Jugendorganisationen ist es viel einfacher, ihre Aktivitäten und Projekte zu finanzieren. Heutzutage gibt es viele Organisationen und Institutionen, die sehr wohlwollend Jugendprojekte finanziell unterstützen. Die meisten der Geldgeber/innen haben eine alltägliche Vorstellung darüber, was ein Jugendprojekt ist – eine von jungen Menschen für junge Menschen in die Tat umgesetzte Aktivität.

Die Geldgeber/innen haben zum Ziel, dass junge Menschen durch die "learning by doing" Methode neue Kenntnisse und Wissen erwerben – das heißt, sie probieren selbst, eine Aktivität zu realisieren, und sie lernen von ihren Fehlern und verbessern das Projekt beim nächsten Mal.

Geldgeber/innen sind gewöhnlich außerdem der Meinung, dass junge Menschen ein wichtiger Teil der Gesellschaft seien und auch so behandelt werden sollten – sie können und haben den Willen, die Gesellschaft zu verändern. Sie wollen außerdem aktuelle Probleme unserer Gesellschaft mit lösen und engagieren sich deshalb bereits in frühem Alter im politischen und sozialen Leben.

Um diese Prozesse zu unterstützen, geben Regierungen und private Stiftungen Geld für Aktivitäten, die von jungen Menschen initiiert und realisiert werden.

Und wo passen da junge Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender in diesen Zusammenhang? Die Stiftungen sind gewöhnlich bestrebt, Geld für junge Menschen aus sozial benachteiligten Gruppen in der Gesellschaft auszugeben. Das heißt in einfachen Worten, für junge Menschen, die noch keine Chance hatten, an ähnlichen Aktivitäten teilzunehmen. Und hier kommen wir jungen Lesben, Schwule, Bisexuellen und Transgender ins Spiel. Es ist nicht einfach, jung zu sein und offen seine Gefühle zu zeigen, wenn man eine LGBT-Person ist. Man kann in der Regel viel physischer Gewalt und Ausgrenzung ausgesetzt sein.

Der größte Geldgeber im Bereich der Finanzierung von Jugendprojekten ist ein YOUTH genanntes Programm, das von der Europäischen Union durchgeführt wird. Das Programm hat seine eigenen lokalen Agenturen in jedem EU-Mitgliedstaat, in Norwegen, Island, Lichtenstein und auch in den Beitrittsländern wie Bulgarien, Rumänien und der Türkei. Dieses Programm bietet viele Möglichkeiten für junge Menschen, internationale Aktivitäten zu organisieren, wie Jugendaustausche und Seminare. Das YOUTH-Programm bietet auch Gelegenheiten, für Jugendführer/innen Ausbildungskurse und verschiedene Aktivitäten zum Erfahrungsaustausch zu organisieren.

Wir haben im Rahmen der RFSL Ungdom gute Beziehungen zu unserem nationalen Büro des YOUTH-Programms in Schweden aufgebaut. Dank seiner finanziellen Unterstützung konnten wir einen Jugendaustausch mit der irischen LGBT-Jugendorganisation BelongTo organisieren.

Die Unterstützung durch das YOUTH-Programm hat uns geholfen, unsere Schwesterorganisationen in baltischen, nordischen Staaten und Polen zu treffen und eine gute Zusammenarbeit zu entwickeln.

Es kann der LGBT-Jugend unheimlich vorkommen, Kontakt mit einigen Behörden aufzunehmen, um ein Projekt zu organisieren, weil wir nicht so oft in der Gesellschaft mit Verständnis und Toleranz aufgenommen werden. Aber hier ist die schöne Ausnahme. Eines der Hauptziele des YOUTH-Programms ist, benachteiligte Jugendliche in das Programm aufzunehmen. Deshalb sollten sie eigentlich sehr glücklich sein, wenn einige LGBT-Organisationen oder –Gruppen in ihr Büro kommen, um mehr über die Möglichkeiten der Organisation eines Projekts zu erfahren. Und gewöhnlich sind die Personen, die in den nationalen Agenturen überall in Europa arbeiten, offen und tolerant. Und wenn sie es nicht sind, teilt uns das bitte mit. Mit Hilfe der schwedischen nationalen Agentur haben wir bereits Homophobie in einigen YOUTH-Agenturen in anderen europäischen Ländern überwunden.

Lesen Sie mehr über die Möglichkeiten für die LGBT-Finanzierung und andere Neuigkeiten von der LGBT-Jugend unter: www.rfslungdom.com

¹⁾ [Riksförbundet för sexuellt likaberättigande - The Swedish Federation for Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender Rights – Landesverband für sexuelle Gleichberechtigung]

POLEN: "WIR WERDEN ALLES IN UNSERER MACHT STEHENDE TUN, UM DIE FINANZIERUNG VON LGBT-JUGEND-PROJEKTEN ZU STOPPEN"

Von Lisette Kampus, Ehrenamtlerin im European Voluntary Service, Kampagne gegen Homophobie

Um Ihnen kurz den Hintergrund zu erklären, fange ich im September 2005 an. Die Kampagne gegen Homophobie (Polen) organisierte einen Jugendaustausch zum Thema Geschlechterstereotype und Diskriminierung. Das Projekt wurde vom europäischen Jugendprogramm finanziert. Das Projekt wurde erfolgreich beendet, akzeptiert und von der polnischen Nationalagentur (ein Gremium, das die Jugendprogramme in jedem Land kontrolliert) gutgeheißen.

Im Frühjahr 2006 wurde Roman Giertych (ein ultrarechter Politiker von der Liga polnischer Familien) Bildungsminister. Warum ist das wichtig, fragen Sie? Nun, die Nationalagentur untersteht de facto dem Bildungsministerium und, das heißt, dass das Ministerium eine gewisse Kontrolle darüber hat. Und da fängt die eigentliche Geschichte an.

Im Frühjahr 2006 erhielten wir die Nachricht, dass das Bildungsministerium gerade eine Pressekonferenz abgehalten hätte, auf der erklärt worden wäre, *dass "es Informationen über ein von der Kampagne gegen Homophobie organisiertes Pädophilenprojekt habe, in dem Kinder gezwungen worden wären, Kleidungsstücke des anderen Geschlechts zu tragen und viele Male in ihrem Leben darüber nachzudenken, ihr Geschlecht zu wechseln"*. Das Ministerium erhob klare Anschuldigungen mit dem Hinweis, dass Geld für dieses Projekt unterschlagen und missbraucht worden wäre.

Aber das war nicht das Ende der Saga, es war erst der Anfang. In den folgenden Monaten ging es so weiter, über unser Jugendprojekt wurden in der Öffentlichkeit fortlaufend falsche Angaben gemacht, Politiker/innen traten buchstäblich mit Bewerbungsunterlagen für unser Projekt in TV-Shows auf mit der Behauptung, wir wären Pädophile und würden polnischen Kindern Perversionen beibringen.

Die wichtigste Erklärung des Ministeriums war allerdings die folgende: *"Wir werden alles in unserer Macht stehende tun, um Ihnen zu garantieren, dass solche (LGBT) Projekte nie wieder finanziert werden. Die Richtlinien für solche Programme, die eine Finanzierung von Perversionen erlauben, müssen geändert werden"*. Ich kann Ihnen jetzt sagen, dass sie keinen Spass gemacht haben, aber möchte später darauf zurück kommen.

Wir nahmen unverzüglich Kontakt zur polnischen Nationalagentur auf und fragten sie, wie es möglich sei, dass eine Regierungsinstitution nicht nur falsche Angaben über ein Projekt macht, sondern auch über eine Programm der Europäischen Kommission? Die polnische Nationalagentur antwortete nicht und gab uns diplomatisch das Signal, dass es nicht in ihren Händen läge und obgleich sie die Wahrheit wüssten, nichts tun könnten.

Im Juni 2006 hielt Minister Roman Giertych eine Rede vor dem polnischen Parlament. In seiner Rede erwähnte er erneut das Projekt und hier ist, was er diesmal vorzubringen hatte:

"Die Kampagne gegen Homophobie veranstaltete ein Kinderlager, in dem sie lehrten, wie das Geschlecht mehrere Male im Leben geändert werden kann; ein Lager, in dem Jungen in Mädchenkleidern und Mädchen in Jungenkleidern gekleidet waren; in dem Besuche von deutschen Transvestiten in polnischen Kindergärten organisiert wurden."

Nur, um die Tatsachen klar zu stellen – die Teilnehmer/innen waren Erwachsene, wir hatten keine deutschen Teilnehmer/innen und das Projekt handelte von Geschlechterstereotypen und Diskriminierung. Roman hat eine blühende Phantasie.

Die Kampagne schickte Briefe mit der Frage an die Kommission, was in einer solchen Situation zu tun wäre und was sie über ein Ministerium eines Mitgliedstaats denken würden, das öffentlich falsche Angaben zu einem Kommissionsprogramm machen würde. Wir haben bis heute keine Antwort erhalten, die Briefe waren im Mai verschickt worden.

Wie ich zuvor erwähnt habe, hat das Ministerium öffentlich erklärt, dass wir nicht wieder von diesem Programm finanziert werden sollten. Die Kampagne gegen Homophobie bewarb sich für ein Projekt des European Voluntary Service am 01. Juni. Das Projekt würde einem/r Ehrenamtler/in aus Polen erlauben, ein Jahr lang für eine schwedische Organisation zu arbeiten.

Die Entscheidung sollte am 04. August fallen; als wir die Ergebnisse der Auswahlkommission durchsahen, fanden wir heraus, dass über unser Projekt als einziges nicht entschieden worden war. Die einzige Erklärung dafür: Das Ministerium brauche mehr Konsultation. Die polnische Nationalagentur erklärt, dass es wieder außerhalb ihrer Befugnis liege und das Ministerium eine Entscheidung herbeiführen würde.

Das Projekt sollte offiziell am 01. September beginnen. Bis heute (05. September) haben wir keine Information oder Antwort erhalten.

Das Jugendprogramm endet dieses Jahr und von 2007 an wird die Europäische Kommission ein neues Programm für junge Menschen auflegen, das Jugend in Aktion heißen wird. Bisher hat es ernste Diskussionen gegeben, ob die LGBT-Jugend in die Programmrichtlinien als Zielgruppe aufgenommen werden soll oder nicht. Bisher lag es im Ermessen jeder Nationalagentur, das zu entscheiden.

Aus Sicht der polnischen LGBT-Jugendarbeit sage ich, dass ich auf den Einbezug der LGBT-Jugend als Zielgruppe bestehe, weil anderenfalls die polnische LGBT-Jugend keine Chance haben wird, Teil der Europäischen Union zu sein.

SCHWARZES BRETT

INTERNATIONALE KONFERENZ: HOMOPHOBIE UND DISKRIMINIERUNG VON LESBEN UND SCHWULEN IN EINERM ERWEITERTEN EUROPA

Diese Konferenz richtet sich an Lesben- und Schwulengruppierungen sowie NGOs, ihre Führer/innen, Politikgestalter/innen, Studenten/innen und andere an LGBT-Fragen und Menschenrechten Interessierte.

Diese Veranstaltung ist Teil der transnationalen Zusammenarbeit TRACE und des Projekts ATVIRI, die von der Europäischen Kommission und der litauischen Regierung mitfinanziert werden.

Ziel der Konferenz – die öffentliche Auseinandersetzung über Homophobie und Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung zu erweitern und die Herausforderungen von Demokratie und sozialem Einbezug von LGBT-Menschen in einem erweiterten Europa zu diskutieren.

Besondere Aufmerksamkeit wird der Frage der Homophobie und Diskriminierung in den neuen Mitgliedstaaten der EU und insbesondere den baltischen Staaten gewidmet.

Konferenzthemen:

- Stimmen, die gehört werden müssen: Individuelle Erfahrungen mit Diskriminierung und Ausgrenzung
- Verschwiegene Sexualitäten am Arbeitsplatz
- Homophobie und Bildung
- Homosexualität, soziales Vermögen und Zivilgesellschaft
- Erfahrungen und Aussichten für sozialen Einbezug

Die **ausgewählten Konferenzbeiträge**, die den Anforderungen der Herausgeber genügen, werden im Akademischen Journal bis Ende 2006 veröffentlicht. **Die Konferenzsprache ist Englisch.**

Senden Sie bitte die Kurzfassungen Ihrer Beiträge (250 Worte) und das Anmeldeformular bis zum 10. Oktober 2006 an:

a.zdanevicius@smf.vdu.lt

Die Konferenz ist kostenlos, die Teilnehmer/innen erhalten Verpflegung und Unterkunft. Reisekosten sind von den Teilnehmern/innen selbst zu bezahlen.

Kontakt: Frau Skirmante Cesiene, Sociology Department, Social Research Center at Vytautas Magnus University, Donelaicio 52-309, LT-44244 Kaunas,
Tel/Fax: +370 37 327 822, E-Mail: s.cesiene@smf.vdu.lt

Weitere Informationen über diese Konferenz sind verfügbar unter: www.atviri.lt

INTERNATIONALE FÜHRUNGSKONFERENZ FÜR LESBEN UND SCHWULE 2006

Von Patrick Bruner

Die Internationale Führungskonferenz für Schwule und Lesben bietet in der Öffentlichkeit und Nichtregierungsbereich offen auftretenden LGBT-Führern/innen auf oberster Ebene eine einzigartige Möglichkeit, sich in einer gleichartigen Gruppierung zu versammeln, um Ideen und bewährte Praktiken auszutauschen. Höchste Entscheidungsträger/innen werden vom Institut für schwule und lesbische Führung zusammen gebracht, um den Jahresfortschritt zu überprüfen und Zukunftsstrategien zu erforschen. Heutzutage die einzige Konferenz ihrer Art, versorgt sie mit einer kollegialen, informativen und freundlichen Umgebung für Netzwerkarbeit und Führungsentwicklung.

International, national und lokal offen als LGBT auftretende politische und NGO-Führer/innen bilden ein weltweites Netzwerk unter Offiziellen, um wirkliche Gleichstellung für alle zu erreichen. Bitte machen Sie für diese Anstrengung bei uns mit.

www.victoryinstitute.org

16. bis 19. November 2006

Houston, Texas

STELLENAUSSCHREIBUNG VON HUMAN RIGHTS WATCH: FORSCHER/IN FÜR LGBT-RECHTE

Von Scott Long

Human Rights Watch ("HRW") ist eine internationale Organisation zur Überwachung und Verfechtung von Menschenrechten. Sie ist für ihre gründlichen Untersuchungen, ihre prägnante und zeitnahe Berichterstattung, ihre innovativen und hoch profilierten Kampagnen und ihren Erfolg bei der Veränderung der Menschenrechtspolitik von einflussreichen Regierungen und internationalen Institutionen bekannt.

Weitere Einzelheiten einschließlich der Jobbeschreibung und des Bewerbungsformulars unter:

www.hrw.org/jobs/lgbt_researcher_2006-08-21.htm